



Buch Schurkenstaat Schweiz?

Steuerflucht: Wie sich der größte Bankenstaat der Welt korrumpiert und andere Länder destabilisiert

Viktor Parma und Werner Vontobel
C. Bertelsmann, 2009
Listen now

- play
- pause

00:00
00:00

Rezension

Ist die Schweiz böse? Selbst patriotische Eidgenossen finden das mittlerweile keine abwegige Behauptung mehr. Zumindest, wenn es um Steuerpolitik geht. Die Zusammenhänge und Fakten, die Viktor Parma und Werner Vontobel – beides Schweizer – anführen, lassen die strahlend weiße Alpenrepublik ziemlich grau erscheinen. Habgierig und eigennützig bis an die Grenze des Akzeptablen seien die helvetischen Politiker und Wirtschaftslenker, und das auch noch auf Kosten anderer Staaten. Happpige Vorwürfe, die ebenso detailgenau wie scharf formuliert daherkommen. Die heile Welt der Schneekugel Schweiz wird geschüttelt, dass die Flocken stieben. Nur: Könnte man die beschriebenen Tatsachen auch aus einem anderen Blickwinkel bewerten? Die Schweiz als cleverer Kleinstaat, der mit seinen tiefen Steuern und seiner direkten Demokratie eher als Vorbild denn als Buhmann taugt? Auch diese Sichtweise hat etwas für sich, aber wer sie vertreten will, kommt nach der Lektüre dieses Buches nicht darum herum, seine Argumente zu überprüfen und das eine oder andere fallen zu lassen. *BooksInShort* empfiehlt die kluge Provokation politisch interessierten Zeitgenossen und allen Schweizer Bürgern, die sich ob der internationalen Kritik erstaunt die Augen reiben.

Take-aways

- Die Schweiz ist der siebtgrößte Finanzplatz der Welt.
- Die Konzentration von Vermögen in den Händen weniger Superreicher nimmt stetig zu.
- Die Schweizer Finanzpolitik ist darauf ausgerichtet, ideale Standort- und Steuerbedingungen für Privatvermögen und Unternehmen zu schaffen.
- Bankgeheimnis und Steuervorteile ziehen Anleger aus der ganzen Welt an.
- Mithilfe der Pauschalsteuer können vermögende Ausländer in der Schweiz Steuerbeträge in Millionenhöhe einsparen.
- Ein Millionär, der in der Schweiz nur einen geringen Prozentsatz an Steuern zahlt, stellt für den entsprechenden Kanton immer noch ein lukratives Geschäft dar.
- Durch ihre Holding-Besteuerungspolitik zieht die Schweiz jedes Jahr zahlreiche internationale Unternehmen an.
- Die Konzentration ausländischen Vermögens destabilisiert Entwicklungsländer.
- Für die Liquiditätsnot im Zuge der Finanzkrise 2008 ist die Schweiz mitverantwortlich.
- Deutschlands Lohndumping-Politik vergrößert die Ungleichheit der Einkommen – und die Klientel für Schweizer Banker.

Zusammenfassung

Mitschuldig am Crash?

Die Schweiz steht auf Platz sieben der weltweit größten Finanzplätze. Wegen ihrer finanziellen Macht, zahlreichen steuerlichen Schlupflöchern sowie unkonventionellen

Steuer-gesetzen halten sie viele Beobachter für massiven Finanz-crash des vergangenen Jahres. Mehr noch: Die Schweiz ist moralisch und intellektuell korrupt – zu diesem Schluss kann man gelangen, wenn man sich mit der Steuer- und Standortwettbewerbspolitik des Alpenlandes genauer beschäftigt. Der größte Trumpf der Schweiz ist zweifellos das Bankgeheimnis. Es erhöht die Attraktivität des Landes für ausländische, aber auch eidgenössische Anleger um ein Vielfaches.

Steuer-oase Schweiz

Die 26 Kantone der Schweiz sind in Sachen Geldangelegenheiten weitgehend selbstständig. Zwischen ihnen herrscht ein zunehmender Standortwettbewerb. Die Steuersätze werden immer niedriger und die Anreize für Wohlhabende attraktiver. Für Vermögende und Unternehmen offeriert die Schweiz zahlreiche Vergünstigungen. So gibt es unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit der Pauschalbesteuerung. Dabei werden statt des tatsächlichen Vermögens und Einkommens lediglich die Ausgaben für den Lebensaufwand in der Schweiz besteuert; als Einkommen wird das Fünffache des Eigenmietwerts des bewohnten Eigentums angenommen. Für sehr Reiche bedeutet dies ein jährliches Steuergeschenk in Millionenhöhe. Rund 4000 betuchte Ausländer profitieren zurzeit von dieser Art der Steuer – die meisten „Schweizer Millionäre“ sind keine echten Schweizer, sondern Ausländer mit Wohnsitz in der Schweiz, den sie zumeist nur wenige Monate im Jahr offiziell nutzen.

„Für führende Politiker der westlichen Welt sind Steuer-oasen wie die Schweiz mitschuldig am jüngsten Crash.“

Auch multinationalen Unternehmen bietet der Standort Schweiz zahlreiche Vorteile. Holdinggesellschaften, die im Kanton Zug ansässig sind, zahlen in der Regel nur Kapitalsteuer, und eine geringe noch dazu. Über solche Holdings werden etliche Geschäfte, insbesondere Rohstoffgeschäfte mit Entwicklungsländern, abgewickelt, ohne dass die immensen Gewinne versteuert werden müssten. Die Stiftung Christian Aid hat in einer Studie errechnet, dass durch die Steuereinnahmen, die den Entwicklungsländern vorenthalten werden, jedes Jahr rund 350 000 Kinder sterben. Würden diese Steuern von multinationalen Unternehmen korrekt entrichtet, könnte sowohl die Kindersterblichkeit reduziert als auch die Gesundheit und Lebenserwartung der armen Bevölkerung deutlich erhöht werden.

„Der steuergünstige Kleinstaat im Herzen Europas ist zu einer der bevorzugten Zufluchtsstätten der Reichen und Schönen dieser Welt geworden.“

In einer anderen Untersuchung kommt Greenpeace zu dem Schluss, dass die in der Schweiz ansässige Danzer-Gruppe in den Jahren 2002–2006 durch Holzexport via Tochterfirmen die Zahlung von rund 7,8 Millionen Euro Steuern geschickt vermieden hat – Millionen, die der Demokratischen Republik Kongo an Steuereinnahmen entgangen sind. Eine der Folgen ist die politische Destabilisierung des Landes, an der die Schweiz auf diese Weise beteiligt ist.

Das Schweizer Erfolgsrezept

Es ist die Mischung aus Bankgeheimnis, politischer Neutralität, Steuer- und Standortvorteilen, die die Schweiz zu einem der größten Finanzplätze und Vermögensverwalterinnen weltweit gemacht hat. Von anderen, am Liberalismus orientierten Staaten (Großbritannien, USA) übernahm sie früh juristische und wirtschaftliche Instrumente wie die Holdingstruktur, Sondertarife, Briefkastenfirmen, fiktive Wohnsitze und den Steuerwettbewerb zwischen Teilstaaten. Die Holdings zogen und ziehen Unternehmen, deren Lizenzen, Patente und Kapital an wie Honig die Bienen. Holdings üben weder geschäftliche Tätigkeit aus noch zahlen sie Steuern auf Gewinne, sie sammeln aber die Erträge der Tochtergesellschaften ein. In der Schweiz sind heute rund 13 000 Holdings verzeichnet, davon alleine rund 6000 im Kanton Zug – aus Steuergründen natürlich.

„In der Heimat hinterlassen die Steuerflüchtigen gravierende Ausfälle.“

Mit den amerikanischen Großunternehmen – oft in Holdings strukturiert – verbindet die Schweiz seit den 50er Jahren ein besonderes Band. Rund 650 US-Unternehmen sind in der Schweiz ansässig, bei 110 von ihnen ist sie das Hauptquartier für Europa, Nahost und Afrika. Ihre Interessen werden von dem SwissHoldings-Verband vertreten und verteidigt, oftmals gegen die EU und mit erstaunlichem Erfolg. Das Ziel dabei: beste Bedingungen für Holdings in der Schweiz, Spaltung der Europäischen Union in Steuerfragen und Wahrung des Bankgeheimnisses mit allen Mitteln.

Die Ursprünge Bankgeheimnisses

Der Ursprung des Bankgeheimnisses liegt weit zurück, obwohl es erst 1934 offiziell verankert wurde. Die Schweiz hatte schon zu Zeiten der Weimarer Republik ihre Finger im internationalen Finanzgeschehen – und war sogar an der Destabilisierung der damaligen deutschen Republik beteiligt: Als das „Reichsnotopfer“ eingeführt wurde, eine neue Vermögensabgabe, brachten viele wohlhabende Deutsche ihr Geld vor dem Fiskus in Sicherheit – von den Schweizer Bankiers wurden sie mit offenen Armen empfangen. Deutsches Fluchtgeld, aber auch Vermögenswerte in Form von Patenten oder Lizenzrechten fanden in der Schweiz ein neues Zuhause, sicher vor den deutschen Steuerbehörden und vor den Reparationsforderungen der Alliierten nach dem Ersten Weltkrieg. Dieses Geld fehlte der Weimarer Republik als Steuereinnahmen, die sie dringend nötig gehabt hätte. Man schätzt das Volumen auf rund acht Milliarden Goldmark, die bis 1923 das Land verlassen haben.

„Für die Schweiz ist die deutsche Kapitalflucht nach wie vor ein Kerngeschäft.“

Als Vater des Schweizer Bankgeheimnisses gilt Jean-Marie Musy. Als Finanzminister nahm er 1933 einen Fall von Bankspionage durch deutsche Staatsbeamte zum Anlass für ein neues Gesetz und zementierte damit das Bankgeheimnis. Die Schweiz entwickelte sich in der Folge zu einer währungspolitischen Großmacht und entzog auch Frankreich, ähnlich wie Deutschland, jahrzehntelang Kapital, das dort zur Finanzierung des Staates fehlte. Die Schweizer Bankiers halfen somit indirekt mit, mehrere europäische Staaten zu untergraben. Denn: Ein Staat, dessen Kapital flieht und auf das fortan keine Steuern mehr erhoben werden können, ist auf Dauer nicht in der Lage zu funktionieren.

„Ob man ein Bankgeheimnis aus Sicht der EU-Länder als gut oder schlecht bewertet, hängt ganz wesentlich davon ab, wie hoch oder niedrig man den Nutzen von Staatsausgaben einstuft.“

Kein Wunder, dass das Schweizer Bankgeheimnis international unter Beschuss geriet, und zwar nicht erst im Zuge der Finanzkrise. Der letzte Coup zu seiner Wahrung: die Zinsbesteuerung anstatt des automatischen Informationsaustausches mit den EU-Ländern. Die Schweiz zahlte bei deren Einführung im Jahr 2007 rund 500 Millionen an Steuern zurück, die auf ausländisches Vermögen in der Schweiz angefallen waren.

Der Schweizer Beitrag zur Finanzkrise

Durch das systematische Einsammeln und Verwalten großer Vermögen untergräbt die Schweiz die wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit selbst großer Industrieländer wie Deutschland, Frankreich oder Italien. Außerdem hat die Ansammlung enormer Geldmengen ihren Teil zur weltweiten Finanzkrise 2008 beigetragen. Die zumeist in Steueroasen ansässigen Hedgefonds mussten in Windeseile aufgelöst bzw. verkauft werden, als sich die Kredite verteuerten und die Anlegerpanik um sich griff. Der Markt wurde mit Milliarden US-Dollar überschwemmt und kollabierte. Natürlich war die Schweiz nicht der einzige Staat, der Öl ins Feuer goss. Aber die Fehler der Schweizer Großbank UBS, die in die Einstellung des Private Banking in den USA, aufsehenerregende Gerichtsprozesse und eine notwendig gewordene staatliche Rettungsaktion mündeten, sind kaum zu toppen. Heute wissen wir, dass das Management der UBS sehenden Auges in die Finanzkatastrophe im Investment- und Private Banking hineingerast ist. Die UBS bot Kunden in den USA Beihilfe zur Steuervermeidung – ganz gemäß der Schweizer Tradition.

Bremsklotz Deutschland

Die Globalisierung und die Fiskalpolitik der Staaten führen weltweit zu einer Umverteilung von Vermögen. Gewaltige Geldmittel sind in den Händen weniger gebündelt. In Deutschland und China hat eine Lohnentwicklung nach unten stattgefunden, die es den Unternehmen ermöglicht, günstig zu produzieren und ihre Gewinne zu vergrößern. Im deutschen Einzelhandel erhält ein Drittel der Beschäftigten weniger als 7,50 € brutto pro Stunde. Die so genannten Minijobs auf 400-€-Basis gehen in die gleiche Richtung. Mit einem einzigen Job kommen viele Deutsche heute nicht mehr aus. Zugleich steigt die Arbeitslosenzahl, da es, besonders für gering Qualifizierte, nicht mehr genügend Stellen gibt. Die Folge des Lohndumpings: Was bei Arbeitern und Angestellten in der Lohntüte fehlt, sammelt sich bei Unternehmensgewinnen und Managergehältern an. Unternehmen und Einzelpersonen, die über Vermögen verfügen, legen dieses nicht im Heimatland an, sondern transferieren es bevorzugt dorthin, wo sie die besten Anlagebedingungen finden. Zum Beispiel in die Schweiz.

„Der EU sind die kantonalen Steuerprivilegien für ausländische Holding- und Briefkastenfirmen ein Dorn im Auge.“

Zugleich stehen die Sozialsysteme in Europa, insbesondere in Deutschland, vor der Aufgabe, immer größere gemeinschaftliche Ansprüche zu finanzieren. Und dies bei geringeren Löhnen, weniger Arbeitsplätzen, zunehmender Arbeitslosigkeit, mehr Rentnern und geringeren Steuersätzen für Unternehmen. Viele Firmen verlegen ihren Standort trotzdem ins Ausland, und die deutsche Lohndumping-Politik wirkt sich auch auf die Nachbarstaaten aus: Diese müssen um ihre Wettbewerbsfähigkeit in Sachen Export bangen, wenn sie nicht ebenfalls die Löhne senken. Deutschland ist für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa ein Bremsklotz und Hindernis geworden; es exportiert seine Arbeitslosigkeit, was zu einem Ansturm auf Arbeitsplätze z. B. in der Schweiz führt. Außerdem sind Deutschlands Handelsüberschüsse für einen teuren Euro mitverantwortlich.

Vermögensverwaltung global

Die Konzentration von Vermögen in den Händen einer superreichen Oberschicht ist ein globales Phänomen. Große Vermögenswerte gehören Menschen, die mobil sind und auswählen können, wo auf der Welt sie leben möchten: Unternehmer, Sport- und Medienstars, Finanzdienstleister, Banker und Firmenlenker. Nicht wenige von ihnen entscheiden sich für die Schweiz. Ein Beispiel: Siedelt sich ein Einkommensmillionär neu in einem Schweizer Kanton an, spült er seinem gewählten Steuerdomizil selbst bei niedrigen Steuersätzen noch viel Geld in die Kassen. Bei 20 % wären das 200 000 Franken. Der Staat kalkuliert rund 40 000 Franken staatliche Ausgaben pro Haushalt (für öffentliche Einrichtungen, soziale Leistungen etc.). Schon mit einem fiktiven Steuersatz von 5 % auf ein Millionäreseinkommen würde dieser Millionär die von ihm verursachten Gemeinausgaben decken.

„Der Dreh mit der Pauschalsteuer lohnt sich für Eidgenossen und reiche Ausländer zugleich – sie können die Beute ganz unter sich teilen.“

Nun ahnt man, auf welch lukrativem Weg die Schweiz unterwegs ist. Mit rund 7000 Milliarden Schweizer Franken gilt das Land als Drehscheibe der globalen Vermögensverwaltung. Für Unternehmer und Kleinfirmen hat dies allerdings auch negative Folgen: Kredite zu erhalten ist langwierig und vor allem kostspielig. Und das, obwohl Geld im Überfluss vorhanden wäre. Auch für Bankdienstleistungen zahlen Schweizer wie Ausländer hohe Preise. Fakt ist dennoch, dass die „Steuervermeidungsindustrie“ der Schweiz Vermögen und Arbeitsplätze bringt, z. B. bei Banken, Finanzdienstleistern, Wirtschaftsprüfern, Treuhand- und Beratungsfirmen. Ganz zu schweigen vom Konsum, den die angesiedelten Millionäre ja ebenfalls tätigen.

Über die Autoren

Viktor Parma ist akkreditierter Bundeshausjournalist in Bern. Er schrieb u. a. für *Bilanz*, *Die Weltwoche* und *SonntagsBlick*. **Werner Vontobel** hat Volkswirtschaft studiert und ist nach Stationen bei anderen Medien Wirtschaftspublizist beim *SonntagsBlick*. Er ist auch Koautor des Buches *Der Irrsinn der Reformen*.
